

BDKJ Erzdiözese Köln, Steinfelder Gasse 20-22, 50670 Köln

An die Damen und Herren Abgeordneten
im Deutschen Bundestag

Diözesanvorstand

Steinfelder Gasse 20-22
50670 Köln
fon 0221 1642 6316
fax 0221 1642 6613
bdkj-dv-koeln.de
vorstand @bdkj-dv-koeln.de

Köln, 3. Dezember 2015

Spirale von Gewalt und Eskalation wird weitergedreht

Sehr geehrte Mitglieder des deutschen Bundestages,

stimmen Sie diesem Kriegseinsatz nicht zu! Es ist unfassbar und unverantwortlich, dass die deutsche und europäische Politik keine Lehren aus der Vergangenheit zieht. Vielmehr geht es sehenden Auges und in voller Absicht in die nächste Katastrophe. Nichts hat man aus den Irakkriegen, Afghanistan, Libyen, Mali, Somalia und dem Balkan gelernt. Keiner dieser Kriegseinsätze hat irgendwo stabile gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Verhältnisse hinterlassen, sondern nur Chaos für ganze Regionen.

Und nun verlangt die Bundesregierung innerhalb weniger Tage vom deutschen Parlament eine Entscheidung für einen nächsten Kriegseinsatz, bei dem sich die Frage nach dem Artikel 26 GG stellt. Dieser Einsatz geschieht unter Vorsatz und wider besseren Wissens, ist blinder Aktionismus und ein vollkommen falscher Freundschaftsdienst bzw. ein falsches Bündnisverständnis nach den Pariser Terroranschlägen.

- Es gibt kein Ziel für diesen Einsatz.
- Es gibt keinen Plan für danach.
- Es gibt kein UN-Mandat, die UN wird weiter demontiert und ausgehöhlt. Nachher wird sie in die Pflicht genommen, die Scherben einzukehren.
- Dieser Krieg wird keinen Terroranschlag verhindern. Er wird gegenteiliges Bewirken.
- Dieser Krieg wird kein einziges Leben derer retten, die derzeit in der Geiselschaft des IS leben müssen. Die Zivilbevölkerung wird jetzt erst recht zum Schutzschild des IS.
- Jeder Akteur dieses Krieges, hat andere und z.T. diametrale Interessen. Hier geht es nicht um Bekämpfung und Vertreibung von Terroristen und feigen Mördern. Hier geht es unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Vergeltung der Pariser Anschläge, um rein wirtschaftliche, innenpolitische und geostrategische Interessen. Dem muss sich Deutschland entgegenstellen!

Für reine Symbolik darf es keinen Kriegseinsatz geben. Deshalb fordern wir die Mitglieder des deutschen Bundestages auf, diesen Einsatz zu verhindern. Stattdessen muss sich die Bundesregierung einsetzen für:

- Einen völkerrechtlich verbindlichen Friedens- und Entwicklungsplan, jenseits wirtschaftlicher und politischer Eigeninteressen für den Nahen und Mittleren Osten unter der Führung der UN.
- Das Einrichten von Schutzzonen in Syrien und dem Irak unter UN-Mandat.
- Das Abschneiden von Versorgungswegen des IS, das Einfrieren von Bankkonten, die Unterbindung von Waffen- und Rohstoffhandel, die Zerstörung von Kommunikationsmöglichkeiten usw.
- Regierungen, die den IS unterstützen, müssen mit drastischen Sanktionen belegt werden.
- Die syrische Regierung muss gezwungen werden, einem Friedensprozess - perspektivisch mit freien Wahlen - zu zustimmen und dafür braucht es die Einbindung Russlands.
- Bekämpfen Sie endlich die wahren Ursachen für Flucht und Terrorismus!

Der größte Feind des Terrors sind offene und freie Gesellschaften, mit Perspektiven für die Menschen.

Bekämpfen Sie endlich die wirklichen Terror- und Fluchtursachen! Und fragen Sie sich, warum nicht Gleiches für Nigeria, Libyen und Mali gilt?!

Mit freundlichen Grüßen



Susanne Schütte
Diözesanvorsitzende



Elena Stötzel
Diözesanvorsitzender



Tobias Agreiter
Diözesanvorsitzender

Weitere UnterzeichnerInnen dieses Briefes sind die Diözesanvorstände des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) in Nordrhein Westfalen aus Aachen, Essen, Münster und Paderborn.